

# CHRONIK DER ZEIT

## Stalins Tod

An eine Welt ohne *Stalin* muß man sich erst gewöhnen. Der Georgier mit dem buschigen Schnurrbart war nicht beliebt, aber er war eine sichere Größe, mit der man rechnen konnte. Jetzt ist alles hinter dem Eisernen Vorhang unsicher geworden. Der Nachfolger *Malenkow* versuchte zunächst die Macht noch stärker zu zentralisieren; an der Bahre Stalins beteuerte man Einigkeit. Dann mußte Malenkow plötzlich die eigentliche Parteileitung an *Chruschtschew* abgeben: ein Schachzug im Diadochenkampf. Sicher nicht der letzte. Wo früher eine Person stand, stehen heute drei bis vier. Jeder von ihnen gelüftet es nach der Alleinherrschaft. Eine einträgliche Kollegialdiktatur wäre ein Novum in der Geschichte. Keiner der neuen Führer hat auch nur entfernt das Prestige Stalins. Der Georgier war ein Mythos — Malenkow ist ein Funktionär. Es gibt auch andere Funktionäre.

In den allgemeinen kommunistischen Prinzipien ist weder in Rußland noch in den Vasallenstaaten eine Änderung zu erwarten. An irgendeine Lockerung ist auch nicht im Traum zu denken. Der noch weiter entpersönlichte Apparat wird im Gegenteil noch fester verschraubt. Zumindest den Untertanen gegenüber; die Spannungen im Inneren des Apparats sind eine andere Sache. Das unter Stalin entwickelte Wirtschaftssystem, die staatliche Zwangsplanwirtschaft nach den Anweisungen einer herrschenden Funktionärklasse, wird weitergehen. Nach *Lenins* Tod gab es noch verschiedene Richtungen in der kommunistischen Partei, die diese oder jene Politik vertraten. Stalin hat alles so gleichgeschaltet, daß nach seinem Ableben überhaupt niemand eine Alternativpolitik bereit hat. Kommt es zu Kämpfen unter den Diadochen, so wird es nur um die Macht gehen, nicht um Prinzipien.

In den Vasallenstaaten mögen manche „Titoisten“ Morgenluft wittern. Amerika setzt wohl Hoffnungen darauf. Der Moskauer Apparat wird aber alles tun, um nationale Unabhängigkeitsbestrebungen in Osteuropa zu ersticken. Die Techniker der Macht, die jetzt am Ruder sind, kennen die notwendigen Methoden genau. Beim Auftreten innerer Zwistigkeiten in Rußland selbst könnte sich die Lage allerdings ändern. Hier irgendwelche Voraussagen zu machen, ist unmöglich.

Damit sind wir bei den außenpolitischen Auswirkungen des russischen Führungswechsels. Die neuen Herren werden nicht gleich auf einen Krieg erpicht sein. Stalin war in den letzten Jahren friedlich genug und hat seinen Anspruch, er gedenke in Frieden zu sterben, wahrgemacht — wenn auch schneller, als er gedacht haben mag. Malenkows Friedensreden dürften

ebenfalls ehrlich sein. Sicher hätte der jüngere Mann gern eigenen Lorbeer um die Stirn, aber er entscheidet nicht allein, außerdem sind die Russen nicht zu einem Angriffskrieg fertig.

Im ganzen bleibt wohl zunächst alles, wie es ist. Einen Generalausgleich mit der westlichen Welt auf der Basis des Status quo, d. h. mit der russischen Sphäre im jetzigen Umfang einschließlich Ostdeutschlands, hat schon Stalin angestrebt. De facto besteht er ja als unsicheres Provisorium schon, aber die amerikanische Politik geht zu deutlich auf die Hinausdrängung der Russen aus diesen Positionen hinaus, als daß man annehmen könnte, der neue Mann fände mit seinen Vorschlägen mehr Gehör als sein Vorgänger. In Frankreich kokettiert man weiter mit diesem Gedanken, der das lockende Ziel der ewigen Teilung Deutschlands enthält. Ob Malenkow demgegenüber Stalins Vorschlag einer Wiedervereinigung und Mittelstellung Deutschlands — die vernünftige Idee, von welcher der Westen nichts hören will — durchzusetzen in der Lage ist, bleibt abzuwarten. Amerikas brüske Ablehnung ließ es nicht zur Probe aufs Exempel kommen, und es ist heute noch unklar, ob der russische Vorschlag ehrlich gemeint war oder nicht. Auf längere Sicht bleibt der Sowjetkommunismus aggressiv, für die nächste Zeit könnte er zu zeitweiligen Konzessionen noch geneigter sein als unter Stalin, wenn man ihm dafür Gegenkonzessionen macht. Daran ist aber, besonders in der deutschen Frage, kaum zu denken. Innere Kämpfe in Rußland, nach denen Washington Ausschau hält, könnten die Lage natürlich wesentlich verändern; es müßten aber schon arge Kämpfe sein. Bloße Palastintrigen werden die weltpolitische Lage kaum beeinflussen.

## Die Verträge

Die Westverträge sind vom Bundestag in dritter Lesung ratifiziert worden. Die Tinte ist noch nicht trocken, da tauchen in der Form der Zusatzprotokolle neue Verträge auf, die den Inhalt der alten in wesentlichen Punkten ins Gegenteil verkehren. Der Bundeskanzler scheint entschlossen, ihnen zuzustimmen, und erklärte, die Protokolle bedürften als bloße „Auslegungen“ der Verträge nicht der parlamentarischen Zustimmung. Nunmehr will er die Protokolle doch dem Bundestag vorlegen — es ist noch unklar, ob zur Abstimmung oder bloß zur Kenntnisnahme. Eigentlich sind es neue (und schlechtere) Verträge. Es ist wohl mehr als eine Auslegung, wenn ein Teilnehmer nach Belieben seine Truppen aus der -Europaarmee zurückziehen darf, ein anderer aber nicht. Die Teilnehmer mit „überseeischen Verpflichtungen“, d. h. Kolonien, dürfen bei „kritischen Situationen“ soviel Truppen aus der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft abberufen, wie sie wollen. Die Bundesrepublik hat keine „überseeischen Verpflichtungen“ und kann das daher

nicht. In Indochina besteht permanent eine „kritische Situation“, so daß Frankreich auf jeden Fall tun kann, was es will. Die anderen Teilnehmer, außer Luxemburg, besitzen sämtlich Kolonien, in denen im Notfall eine „kritische Situation“ auftauchen könnte. Im extremen Fall könnte sich die groteske Lage ergeben, daß nur noch Deutschland größere Truppenbestände in der EVG hat, die dann von Frankreich kommandiert werden. Das ist ja wohl auch der Zweck der französischen Forderungen. Vom Europagedanken bleibt hier nicht mehr viel übrig.

Die Verträge sind noch nicht in Kraft. Zunächst müssen die anderen Teilnehmer ratifizieren. Ihr Eifer ist weit geringer als in Bonn. Italien will sich bis zum Sommer, Frankreich noch länger Zeit lassen. Die Gaullisten finden auch die Zusatzverträge unannehmbar. *De Gaulle* und der ihm gleichgesinnte *Juin* haben angedeutet, daß sie eine Koalitionsarmee unter selbständiger deutscher Beteiligung für die natürlichere Lösung halten würden. Allerdings verlangt *de Gaulle* eine strenge Kontrolle des deutschen Heeres. Einige Gaullisten legen den Gedanken überhaupt dahin aus, daß nur eine Art deutsche Festungsinfanterie aufgestellt werden soll. *De Gaulle* ist der eigentliche Herr Frankreichs und wird auch die revidierten Verträge kaum durchlassen. Wie die vorgeschlagene Volksabstimmung ausgehen würde, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen: es ist noch fraglich, ob es zu ihr kommt. Man wird vielleicht noch einmal mit noch weitergehenden Zusatzforderungen kommen. Der Bundeskanzler, der sich zwei Jahre lang gegen eine bessere Alternative zu den Verträgen sträubte, geht bereitwillig auf die schlechtere ein, die so schnell aufgetaucht ist. Die Regierungsmehrheit gehorcht, der Kampf der Opposition, lange eines Gegenplans ermangelnd, hält sich in selbstgezogenen Grenzen, der BHE hat plötzlich die Stellung gewechselt, die Haltung *Dr. Malers* in Stuttgart ist undeutlich geworden. Das Volk sagt gar nichts. Es hat das Gefühl, nur Objekt zu sein. Stumm wird es seine Söhne hergeben, für welchen Zweck immer man sie fordern wird.

Es bleibt Karlsruhe. Die Opposition wird die Normenkontrollklage einbringen. Jedenfalls erklärt sie weiter, daß das ihre feste Absicht sei, auch nach der plötzlichen Zurückziehung des Antrages auf eine einstweilige Verfügung. Was geschieht übrigens, wenn das Bundesverfassungsgericht die Verträge als verfassungsändernd erklärt? Die Bundesregierung hat dem höchsten Gericht gegenüber in den letzten Monaten mehr als einmal das bezeugt, was man in Amerika „contempt of court“ nennt. Es fehlt nicht an leitenden Männern, die eine Nichtbeachtung eines der Regierungspolitik entgegenstehenden Spruches von Karlsruhe in Erwägung ziehen. Die seltsame Floskel, daß das Parlament, d. h.

die Regierungsmehrheit, das Urteil des Gerichts auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen habe, ist des öfteren zu hören gewesen. In der Verfassung steht, daß das Bundesverfassungsgericht das Urteil des Parlaments auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen hat.

## Das Wahlgesetz

Daß manche Leute an hohen Stellen es mit dem Rechtsstaat nicht allzu genau nehmen, erhellt ja auch aus dem unglaublichen Wahlgesetzentwurf, der allerdings in dieser Form nicht mehr durchgehen wird. Die FDP merkte sehr wohl, daß sie hier zur Gefangenen der CDU gemacht würde, und auch in der CDU regten sich Bedenken dagegen, die faktische Diktatur an die jetzt herrschende Gruppe zu übertragen. Das Gesetz war ein die demokratischen Grundregeln bedenkenlos mißachtender Versuch, bei unveränderter Stimmenzahl einer Partei die absolute Mehrheit, der Regierungskoalition aber sogar eine verfassungsändernde Mehrheit zu verschaffen. Unter diesem Wahlsystem verschwände alsbald das Bundesverfassungsgericht, es kämen Maulkorbgesetze, die Gewerkschaften würden in staatliche Organisationen unter Regierungsaufsicht verwandelt. Die Regierung wäre verewigt, denn die Opposition hätte unter einem solchen Wahlgesetz kaum je eine Chance, eine Wahl zu gewinnen, selbst wenn man sie nicht behindern würde.

Das Gesetz wird nicht Wirklichkeit werden, sein Kerngedanke, die sonderbare „Hilfsstimme“, ist bereits gefallen. Was an seine Stelle treten wird, ist noch unklar. Der seit dem Krieg in Europa auftretende Mißbrauch, vor den Wahlen schnell das Wahlgesetz derart zu ändern, daß die gegenwärtige Regierung Aussicht hat, im Amt zu bleiben, hat nun auch auf Deutschland übergegriffen. Eingeführt hat man dieses fragwürdige Mittel, um antidemokratische Parteien — in Italien die Kommunisten, in Frankreich die Kommunisten und die Gaullisten — niederzuhalten. In der Bundesrepublik will man die Methode erstmalig gegen die demokratische Opposition anwenden. Es wäre an der Zeit, ein anständiges Wahlgesetz zu schaffen und in der Verfassung zu verankern, damit eine Wiederholung dieses Spiels ausgeschlossen wird.

Es verbleibt die erschütternde Erkenntnis, wie wenig den Machtträgern, die jenen Entwurf ausgebrütet haben, an der Demokratie gelegen ist. Der Schock wird nur teilweise durch die gleichzeitige Erfahrung gemildert, daß sich doch auf Grund der demokratischen Spielregeln andere Kräfte durchsetzen konnten, die das Schlimmste verhinderten. Nur mit zwei Stimmen Mehrheit konnte der bereits tote Entwurf noch das Ausschußstadium erreichen. Es ist weder der erste noch der letzte Versuch gewesen, autoritäre Regierungsformen wieder bei uns einzuführen. WALTER THEIMER